

- Vorlage: 22/SVV/0418
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 4.4 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!
Vorlage: 22/SVV/0737
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 4.5 Strategische Steuerung durch SMARTe Ziele
Vorlage: 22/SVV/0820
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 4.6 Verkaufs-Exposé Krampnitz – Nordgebäude Stadtplatz Ost ruhend stellen,
Moratorium!
Vorlage: 22/SVV/1051
Fraktion Bürgerbündnis
- 4.7 Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen
Vorlage: 22/SVV/1104
Fraktion CDU
- 4.8 Ankauf von Kleingartenflächen aus privatem Eigentum
Vorlage: 22/SVV/1115
Fraktion DIE LINKE
- 4.9 Finanzierung des Ausbaus der Tramlinie 96 zur Stadtbahn einschließlich der
Erweiterung in den Potsdamer Norden
Vorlage: 22/SVV/1164
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die 30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.11.2022

Die Ladung und Tagesordnung zur 30. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen haben form- und fristgerecht vorgelegen.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Der Ausschussvorsitzende stellt folgende Änderungsvorschläge zur **Tagesordnung** zur Abstimmung:

Zurückstellung des TOP 4.1

Zustimmung: 5
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

Zurückstellung des TOP 4.5 sowie die gemeinsame Behandlung der TOP 4.2 und 4.3 und die geteilte Behandlung des TOP 4.8 (öffentlicher Teil / nichtöffentlicher Teil):

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Damit stimmen die Ausschussmitglieder der geänderten Tagesordnung zu.

Die **Niederschrift** der Sitzung vom 23.11.2022 wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Exner erläutert anhand einer Präsentation (Anlage) die derzeitige Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Fragen formuliert, zu denen Herr Exner im Anschluss Stellung nimmt bzw. die durch Herrn Exner beantwortet werden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist im Hinblick auf die weitere Entwicklung auf die Wichtigkeit der Gesamtbetrachtung von Maßnahmen / Projekten unter dem Aspekt der Sparsamkeit / Wirtschaftlichkeit.

Herr Wobeto nimmt Bezug auf die Präsentation und führt aus, dass er sich konkretere Aussagen zur jetzigen Haushaltslage, Abschluss 31.12.2022 einschließlich Wertung gewünscht hätte.

Herr Dr. Wegewitz spricht im Zusammenhang mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 die neue EU-Regelung zur Umsatzsteuer und deren Auswirkungen an.

Herr Exner, Herr Schmidt und Herr Wapenhans informieren kurz zum Sachstand.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Vorlage: 22/SVV/0704

Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Der Tagesordnungspunkt wurde mit der Feststellung der Tagesordnung zurückgestellt.

zu 4.2 **Grundstücksvergabe nach Konzept und Erbbaupacht**

Vorlage: 19/SVV/0608

Fraktion DIE LINKE

Herr Kümmel informiert kurz zum Sachverhalt.

Durch den Ausschussvorsitzenden wird die Drucksache zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Leitlinie Grundstücksverkäufe zu überarbeiten. Die Möglichkeit von Konzeptausschreibungen soll vorrangig in die Richtlinie aufgenommen werden. Damit sollen auch klar definierte, nachvollziehbare Bedingungen bei Vergabe nach Konzept formuliert werden. Ferner soll die Vergabe in der Regel in Erbbaupacht erfolgen. Die überarbeitete Richtlinie ist der Stadtverordnetenversammlung im ersten Quartal 2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **2**

Ablehnung: **5**

Stimmhaltung: **1**

zu 4.3 **Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe**

Vorlage: 22/SVV/0418

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Herr Dr. Wegewitz nimmt Bezug auf die vorliegenden Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge.

Anschließend erfolgt die Verständigung zum Beschlussvorschlag der Ausschüsse Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion sowie Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländlichen Raumes, welchem sich die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen anschließen.

Herr Dr. Wegewitz stellt die Drucksache mit dem übernommenen Änderungsantrag der o. g. Ausschüsse zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die bestehende „Leitlinie Grundstücksverkäufe“ (11/SVV/0889) wird ergänzt um Regelungen (gemäß Anlage 1) für städtische Grundstücke, die für den Geschosswohnungsbau geeignet bzw. mit Mehrfamilienhäusern bebaut sind. Diese ergänzenden Regelungen finden bei der Grundstücksübertragung und -veräußerung sowie der Erbbaurechtsbestellung der LHP Anwendung.

2. Die Ergänzung der Leitlinie ersetzt den Beschluss „Kein Verkauf ohne Bindungen“ (13/SVV/0495), das Konzept „Grundstücksverkäufe für Geschosswohnungsbau an Investoren“ (15/SVV/0080) sowie die „Erbbaurechtsprüfung“ bei der Verkaufsplanung gemäß Mitteilungsvorlage 18/SVV/0169.
3. Die Ergänzung der Leitlinie Grundstücksverkäufe wird in ihrer Anwendung regelmäßig überprüft und, falls erforderlich, angepasst.

Auf Seite 3 von 8 der beiliegenden Leitlinie ist eine Umformulierung des 2. Punktes wie folgt vorzunehmen:

2. **Ein Verkauf an Genossenschaften kann erfolgen, wenn diese eine geeignete Entwicklung dieser Flächen ermöglichen können.**
Analog wird dieser Prüfschritt auch für Flächen in Nachbarschaft des Studentenwerkes angewandt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.4 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!

Vorlage: 22/SVV/0737

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Herr Jekel berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion wo im Ergebnis der Verständigung die Erledigung des Antrages durch Verwaltungshandeln festgestellt werden konnte.

Nach kurzer Verständigung unter den Ausschussmitgliedern des Ausschusses für Finanzen stellt der Ausschussvorsitzende den Antrag auf Feststellung der Erledigung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Erledigung des Antrages durch Verwaltungshandeln festzustellen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister:

- mit der Einrichtung eines Härtefallfonds zur Übernahme von Strom- und Heizkostennachforderungen. Die Ausgestaltung des Härtefallfonds ist der Stadtverordnetenversammlung schnellstmöglich zur Beratung und Beschlussfassung zuzuleiten.
- gegenüber der EWP eine Aussetzung von Strom- und Gassperren zu erwirken. Zudem sind alle Räumungen auf Grund von Mietrückständen bei der Pro Potsdam auszusetzen. Allen Verbraucher:innen und Mieter:innen soll per Informationsschreiben die Möglichkeit von Stundungen und Ratenzahlungen angeboten werden.
- mit der regelmäßigen Durchführung von Beratungen zur

Energieversorgung in allen Stadtteilen Potsdams. Diese sollen in Kooperation mit der Verbraucherzentrale, sowie den Sozialträgern erfolgen und neben Deutsch auch in Englisch, Arabisch, Ukrainisch und ggf. anderen Sprachen angeboten werden.

- ggü. dem Bund und dem Land für die Deckelung von Gaspreisen einzutreten, sowie die Unterstützung von Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern einzufordern. Darüber hinaus soll der Oberbürgermeister sich über die kommunalen Spitzenverbände und das Land Brandenburg beim Bund für eine Erhöhung der Regelsätze im SGB II und XII sowie für die Anpassung des Bafög und weiterer sozialer Leistungen an die Preissteigerungen einsetzen.
- mit der Erarbeitung einer Strategie zum Umgang mit den steigenden Betriebskosten für städtische Einrichtungen. Ziel ist es die Betriebskostensteigerungen abzufedern, ohne die Kosten auf die Bürger:innen umzulegen (z.B. durch steigende Eintrittspreise und Mitgliedsbeiträge).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.5 Strategische Steuerung durch SMARTe Ziele

Vorlage: 22/SVV/0820

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Der Tagesordnungspunkt wurde mit der Feststellung der Tagesordnung **zurückgestellt**.

zu 4.6 Verkaufs-Exposé Krampnitz – Nordgebäude Stadtplatz Ost ruhend stellen, Moratorium!

Vorlage: 22/SVV/1051

Fraktion Bürgerbündnis

Herr Kümmel informiert kurz zum Sachstand.

Nach kurzer Verständigung unter den Ausschussmitgliedern stellt Herr Dr. Wegewitz den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Geschäftsführung der ProPotsdam unverzüglich anzuweisen, das Verkaufs-Exposé für Krampnitz – Nordgebäude Stadtplatz Ost vorerst ruhend zu stellen, bis die Widersprüche zwischen den Angaben im Exposé und Masterplan, Architekturwettbewerb sowie B-Plan 141-5a aufgeklärt sind.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zur Januarsitzung 2023 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

zu 4.7 Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen
Vorlage: 22/SVV/1104
Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag ein und erklärt, dass es der Fraktion mit dem Antrag darum gehe, die Transparenz im Haushalt zu erhöhen.

In der anschließenden Diskussion werden u. a. die Themen „Produktbeschreibung“, „personeller Aufwand“, „die Informationspflicht in den Fachausschüssen“ sowie die Beteiligung / Einflussnahme der Stadtverordneten vor Beschlussfassung angesprochen.

Festgehalten wird, dass das Datum im Antrag 1. Absatz auf Grund des derzeitigen Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2023/2024 in 2025/2026 zu ändern wäre.

Vorgeschlagen wird, dass für den Haushalt 2023/2024 die Geschäftsbereiche angehalten werden, ihre freiwilligen Leistungen in den Fachausschüssen zu begründen.

Da der vorliegende Antrag sich auf den Doppelhaushalt 2023/2024 bezieht, wird die Zurückstellung des vorliegenden Antrages vorgeschlagen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung; dem wird mit 7 Ja-Simmen, bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

zu 4.8 Ankauf von Kleingartenflächen aus privatem Eigentum
Vorlage: 22/SVV/1115
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf den vorliegenden Antrag vom 21.11.2022 und den vorliegenden Änderungsantrag.

Mit Verweis auf die Festlegung unter TOP 2, erfolgt die inhaltliche Diskussion zur Thematik unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Im Anschluss stellt der Ausschussvorsitzende den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Ankauf von Kleingartenflächen aus privatem Eigentum, dort wo sich dafür akzeptable Möglichkeiten bieten, zügig

durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

zu 4.9 Finanzierung des Ausbaus der Tramlinie 96 zur Stadtbahn einschließlich der Erweiterung in den Potsdamer Norden

Vorlage: 22/SVV/1164

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Herr Loeschmann (Geschäftsführer der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH) informiert anhand einer Präsentation (Anlage) zur Thematik.

Herr Kümmel weist in Ergänzung der Ausführungen von Herrn Loeschmann insbesondere auf die Bedeutung des Ausbaus der Linie 96, welche entsprechend der strategischen Ziele – Ausbau ÖPNV“ hiermit Beachtung findet, hin und führt aus, dass es jetzt darum gehe, mit dem Bund / dem Land die entsprechende Rahmenvereinbarung zu schließen.

In der anschließenden Diskussion werden Fragen zur Finanzierung / Förderung des Projektes sowie Einbindung der Fahrländer/innen gestellt und beantwortet.

Im Anschluss stellt der Ausschussvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Zur Realisierung des Um- und Ausbaus der Tramlinie 96 zur Stadtbahn einschließlich deren Verlängerung in den Potsdamer Norden wird durch die Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH als verantwortliche Vorhabensträgerin ein Antrag auf Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gestellt.
2. Der OBM wird beauftragt die aus der Anlage ersichtliche gemeinsame Absichtserklärung (Letter of intent) des Landes Brandenburg, der Landeshauptstadt Potsdam und der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH zu unterzeichnen.
3. Dabei soll der Förderantrag (Rahmenantrag) zum stadtbahngerechten Ausbau der Tramlinie 96 die folgenden Teilprojekte beinhalten:
 - zweigleisiger Ausbau des Streckenabschnittes Campus Fachhochschule – Campus Jungfernsee im Bereich der Nedlitzer Straße und des Gleisdreiecks Campus Fachhochschule
 - Neubau einer Straßenbahntrasse von Campus Jungfernsee bis Krampnitz West
 - Neubau einer Straßenbahntrasse von Krampnitz West bis Fahrland
 - barrierefreier Ausbau und Gleismittenerweiterung der nördlichen Friedrich-Ebert-Straße im Bereich Alleestraße

- barrierefreier Ausbau und Gleismittenerweiterung der Friedrich-Ebert-Straße zwischen dem Nauener Tor und der Yorckstraße
- stadtbahngerechter Umbau der Heinrich-Mann-Allee zwischen dem Leipziger Dreieck und der Haltestelle Waldstraße/Horstweg

Die Absicherung der finanziellen Auswirkungen erfolgt für jedes Teilprojekt separat in den entsprechenden Haushaltssatzungen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Folgekosten der Investitionsmaßnahmen gemäß §16 KomHKV zusammen mit in einer Gesamtschau des Vorhabens im Rahmen einer Mitteilungsvorlage darzustellen und dabei sowohl die Risiken der Baukostensteigerungen darzulegen als auch eine Risikobetrachtung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Wapenhans nimmt Bezug auf den Beschluss DS 22/SVV/0258 „Erbbauzinssätze der LHP“ vom 01.06.2022 und informiert, dass die Prüfung noch nicht abgeschlossen sei.

Voraussichtlich könne im Juni 2023 die mit dem o. g. Beschluss gewünschte Berichterstattung erfolgen.